

Mitteilung
der Landesregierung

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Staatsministeriums vom 22. Juli 2022, Az.: VI-0123.049:

Anbei übermittle ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen für das 2. Quartal 2022.

Hassler
Staatssekretär

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg**über aktuelle europapolitische Themen****2. Quartal 2022**

I. Europapolitische Schwerpunktthemen	2
Krieg in der Ukraine	2
Konferenz zur Zukunft Europas	4
Beziehungen zur Schweiz	6
Transformation Automobilwirtschaft	8
II. Laufende europapolitische Themen	9
Gespräch von Ministerpräsident Winfried Kretschmann mit Manfred Weber MdEP	9
Veranstaltung „Am Vorabend der Tschechischen Ratspräsidentschaft“	10
Veranstaltung „Europa. Menschen. Hintergründe – Dr. Anton Hofreiter MdB im Gespräch“	10
Antrag zu SLAPP-Klagen im Ausschuss für Fragen der EU im Bundesrat	10
89. Europaministerkonferenz (EMK)	11
150. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR)	12
Konsultationen des RegionalHub-Netzwerks	13
Dynamischer Europapool	14
Europaöffentlichkeitsarbeit	14
III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit	15
Frankreich	15
Spanien	16
Vereinigtes Königreich	17
Italien	18
Internationale Bodenseekonferenz (IBK)	18
INTERREG A-Programme Oberrhein und Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein	19
IV. Entwicklungspolitik	19

I. Europapolitische Schwerpunktthemen

Im 2. Quartal 2022 bildeten der Krieg in der Ukraine, die Konferenz zur Zukunft Europas, die Beziehungen zur Schweiz sowie die Transformation der Automobilwirtschaft die Schwerpunkte der europapolitischen Aktivitäten des Staatsministeriums.

Krieg in der Ukraine

Ausschuss für Fragen der Europäischen Union des Bundesrats

Ministerpräsident Winfried Kretschmann leitete am 13. April 2022 in seiner Funktion als Vorsitzender des Ausschusses für Fragen der Europäischen Union (EU) des Bundesrats einen virtuellen Austausch mit dem Ausschuss für die Integration der Ukraine in die EU der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament). Die Vorsitzende des ukrainischen Integrationsausschusses, Iwanna Klympusch-Tsinzadse, berichtete direkt aus dem Kriegsgebiet über die Umstände und die Situation vor Ort. Ministerpräsident Kretschmann bekundete Trauer und Mitgefühl für die Opfer und Betroffenen des Angriffskrieges und mahnte zur Wahrung der gezeigten Handlungsfähigkeit und Geschlossenheit der EU. Neben Intensivierung und Optimierung von Hilfslieferungen und Unterstützungsleistungen durch die deutschen Länder wurden die schnellen und unbürokratischen Kita-Unterbringungen und die Organisation von Schulunterricht für geflüchtete Kinder und Jugendliche thematisiert. Ministerpräsident Kretschmann verwies hierbei auch auf die Funktion von Staatssekretär Florian Hassler als Ansprechpartner für Generalkonsul Yuriy Yarmilko. Auf die Frage nach Waffenlieferungen verwies Ministerpräsident Kretschmann die fehlende Zuständigkeit der Länder und unterstützte den Kurs der Bundesregierung. Der ukrainische Ausschuss war darüber hinaus besorgt über illegale Äußerungen auf Demonstrationen von Kriegsbefürwortern. Die Beteiligten waren sich einig, dass kurzfristig umsetzbare Schritte für die weitere Anbindung der Ukraine an die EU durchgeführt werden sollten. Ministerpräsident Kretschmann betonte die Bedeutung des parlamentarischen Austausches, der gerade in kriegerischen Zeiten ein „wichtiges Mittel des politischen Dialogs“ sei.

Deutsch-ukrainische Städtepartnerschaften

Seit 2014 sind aus Deutschland erhebliche Gelder der Entwicklungszusammenarbeit in die Ukraine geflossen. Hiervon haben baden-württembergische Städtepartnerschaften profitiert, deren über die Jahre entstandenen verlässliche Strukturen, sich mit Ausbruch des Krieges bewährt haben. So ist die Unterstützung beispielsweise in den Städtepartnerschaften Freiburg und Lviv oder Mannheim und Tschernowitz schnell, unbürokratisch und effizient angelaufen. Bund, Land und Kommunen arbeiten eng zusammen, um diese Solidaritätsbrücken aufrechtzuerhalten und zu stärken.

Unterstützung für die Ukraine im Rahmen der EU-Strategie für den Donaauraum

Mit der Entscheidung für den Beitrittskandidatenstatus ist die Ukraine fest auf Kurs in die EU. Baden-Württemberg unterstützt diese Entwicklung rückhaltlos. Seit 2011 arbeitet Baden-Württemberg bereits mit der Ukraine im Donaauraum zusammen. Dieses Jahr hat die Ukraine als erstes Nicht-EU-Land die Präsidentschaft der Donaauraumstrategie übernommen und führt diese – nach kurzer Unterbrechung im Frühjahr – trotz schwierigster Bedingungen weiter und unterstreicht damit, dass das Land bereit ist, sich in Europa zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen.

Die langjährigen Kontakte der Zivilgesellschaft und der Kommunen im Donaauraum ermöglichten es, in der Krise schnell aktiv zu werden und zielgerichtet über die Grenzen Baden-Württembergs hinaus zu helfen. Das Staatsministerium hat deshalb umgehend die vorhandenen Haushaltsmittel im Bereich der EUSDR für konkrete Projekte mit Ukrainebezug bewilligt:

Die Erfahrungen aus der Flüchtlingskrise 2015 haben gezeigt, dass Mütter- und Familienzentren wichtige Anlaufstellen für geflüchtete Frauen und Kinder sind. In einem Hilfsprojekt des Stuttgarter Vereins MINE e.V. wird die Arbeit der Mütterzentren in den Grenzregionen der Slowakei und Ungarns unterstützt, damit geflüchteten ukrainischen Familien geholfen wird, ihren neuen Alltag zu bewältigen.

Die Stadt Ulm verfügt über ein langjähriges Netzwerk im Donaauraum und in die Ukraine. Im Rahmen eines Projekts der Stadt Ulm soll ein Kommunikations- und Internetstützpunkt „Pop-In-Point Ukraine“ entstehen, der Instrumente für die Online-Beratung von Geflüchteten, für die Organisation von Beratungsangeboten oder für den koordinierten Einsatz von Helfern entwickelt.

In Baden-Württemberg gibt es außerdem ein Netzwerk Zivilgesellschaft im Donaauraum, das seit 2011 aktiv ist. Sofort nach Beginn des Krieges in der Ukraine wurden aus dem Netzwerk vielfältige Aktivitäten ins Leben gerufen, um die flüchtenden Menschen zu unterstützen. Dabei wurde auch der Bedarf nach einer besseren Verzahnung der vielen Helfer, nach schnelleren Informationsflüssen und nach mehr Austausch offenkundig, beispielsweise zu praktischen Fragen wie der aktuellen Durchlässigkeit der ukrainischen Grenze für Hilfslieferungen.

Im Rahmen eines Projekts der AGAPEDIA Stiftung soll zur besseren Koordination der grenzüberschreitenden Aktivitäten eine Schnittstelle für die zivilgesellschaftlichen Akteure geschaffen werden.

Künftig wird vermehrt die Frage in den Mittelpunkt rücken, wie diese bestehenden engen persönlichen Verbindungen für den Wiederaufbau und die Unterstützung des europäischen Wegs der Ukraine genutzt werden können, auch in Zusammenarbeit mit den Netzwerken der Zivilgesellschaft und der Städte und Gemeinden.

Benefizkonzert des Landesjugendorchesters für die Ukraine mit Botschafter Vsevolod Chentsov

Anlässlich seines 50. Jubiläums begab sich das Landesjugendorchester (LJO) als Kulturbotschafter der Jugend Baden-Württembergs auf Frühjahrsstournee. Dabei sollte die Reise auch als musikalisches Signal der europäischen Idee für die künftigen Generationen verstanden werden. Im Rahmen der Tournee waren auch Konzerte in Kiew und Charkiw geplant. Durch den Krieg konnten die geplanten Konzerte nicht stattfinden. Der Termin am 27. April 2022 wurde daher in ein Benefizkonzert für die Ukraine in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der EU in Brüssel „umgewidmet“. Nach der Eröffnung des Konzertabends durch den Leiter der Landesvertretung, Bodo Lehmann, sprach auch Botschafter Vsevolod Chentsov, Leiter der Mission der Ukraine bei der EU. Der Spendenerlös des Abends in Höhe von rund 4.000 € kam dem Projekt UNHIDE UKRAINE zugute, einem Kooperationsprojekt zwischen der gemeinnützigen baden-württembergischen Gesellschaft ARTHELPS und der Stiftung „SAVING AN ANGEL“. Im unmittelbaren Vorfeld des Konzertes fand virtuell ein Gespräch von Staatssekretär Florian Hassler und Botschafter Vsevolod Chentsov statt. Hauptthemen waren die aktuellen Maßnahmen von Bund und Ländern zur Versorgung der Geflüchteten aus der Ukraine, der von der Ukraine angestrebte Beitritt zur EU und die EU-Sanktionen gegenüber Russland. Als Ergebnis sollen im Nachgang des Gesprächs weitere Perspektiven der regionalen Zusammenarbeit eruiert werden.

Konferenz zur Zukunft Europas
Plenarversammlung der Zukunftskonferenz

Die Konferenz zur Zukunft Europas hat im Berichtszeitraum ihre Arbeiten abgeschlossen. Am 8./9. April und am 29./30. April 2022 fand im Europäischen Parlament in Straßburg die abschließende Plenarversammlung der Konferenz zur Zukunft Europas statt. Die Mitglieder des Plenums erörterten die Abschlussberichte der neun thematischen Arbeitsgruppen, die zusammen insgesamt 350 Empfehlungen abgaben und erstellten den Abschlussbericht der Konferenz. Dieser wurde am 9. Mai 2022 im Rahmen einer feierlichen Sitzung in Straßburg an die Präsidentin der Europäischen Kommission, die Präsidentin des Europäischen Parlaments und den Präsidenten der Französischen Republik für die Ratspräsidentschaft übergeben. Die Ideen und Vorschläge aus den Europäischen Bürgerdialogen sind in den Katalog von 49 Empfehlungen und 326 Einzelpunkten übernommen worden, der zentraler Teil des Abschlussberichts ist. Zu den dort geforderten Änderungen der Europäischen Verträge hat das Europäische Parlament bereits das notwendige Verfahren zur Einsetzung eines Europäischen Konvents auf den Weg gebracht. Im Rat zeichnet sich dafür aber bisher keine Mehrheit ab. Zur Einschätzung der Ergebnisse insgesamt wird auf das

Schreiben von Staatssekretär Florian Hassler an den Landtag vom 30. Mai 2022 verwiesen. Das Staatsministerium hat sich in der finalen Phase der Konferenz mit einer letzten Online-Veranstaltung in der Reihe der Debriefings zu den Plenarsitzungen eingebracht. Am 25. April 2022 waren Dr. Anna Lühmann MdB, Staatsministerin für Europa im Auswärtigen Amt und Vertreterin des Rates der EU im Plenum der Konferenz, und Prof. Dr. Sven Simon MdEP, Vertreter des Europäischen Parlaments im Konferenz-Plenum, zu Gast. Sie diskutierten über den Verlauf und die Erwartungen an die Konferenz zur Zukunft Europas. Eingangs wies Staatssekretär Florian Hassler nochmals auf die Kernanliegen der Landesregierung hin.

Europaministerkonferenz der Länder

Die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas waren auch Thema bei der 89. Europaministerkonferenz der Länder (EMK) am 13./14. Juni 2022. Hierzu nahm die EMK einen Beschluss an, in dessen Vorbereitung sich Baden-Württemberg in einer Berichterstattergruppe eingebracht hatte. Die EMK begrüßte die Vorschläge, die größtenteils darauf zielen, die Resilienz und Handlungsfähigkeit der EU zu stärken und diese unter Beachtung demokratischer, rechtsstaatlicher, sozialer und föderativer Grundsätze fortzuentwickeln und auch auf institutionelle Herausforderungen eingehen. Besonders herausgehoben wird im Beschluss die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in den Konferenzprozess. Für diesen Punkt hatte sich insbesondere Baden-Württemberg stark gemacht. Die EMK spricht sich vor dem Hintergrund der positiven Erfahrungen mit der Konferenz zur Zukunft Europas für eine Beibehaltung des Bürgerdialogformats auf europäischer Ebene aus. Der Beschluss übt darüber hinaus Kritik an der mangelnden Öffentlichkeitsarbeit rund um die Konferenz zur Zukunft Europas. Auf die Einzelvorschläge der Konferenz geht der Beschluss in einer ersten kursorischen Gesamtschau ein. Die EMK fordert bei möglichen weiteren Schritten zu einer Vertiefung der Europäischen Integration die intensive Beteiligung der deutschen Länder.

Zu den Forderungen bezüglich Vertragsänderungen hat die EMK keine Aussage getroffen. Baden-Württemberg zeigte sich aber in einer Protokollerklärung zusammen mit der Mehrzahl der Länder für einen entsprechenden Konventsprozess offen. Diese Offenheit schlägt sich auch in einer anschließenden Stellungnahme des Bundesrates nieder (BR-Drucksache 282/1/22 Ziffer 23).

Ausschuss für Fragen der Europäischen Union des Bundesrats

Baden-Württemberg war zum Folgeprozess der Konferenz zur Zukunft Europas auch Mittragsteller eines Beschlussentwurfs im EU-Ausschuss des Bundesrats (BR-Drucksache 283/1/22), der u.a. die Beteiligungsrechte der Länder thematisiert. Gefordert wird darin u.a. eine bessere Einbeziehung der nationalen Parlamente z.B. über ein Vorschlagsrecht für Initiativen und die Verlängerung der Frist für die Einreichung

begründeter Stellungnahmen zu Frühwarndokumenten. Zudem wird an die Beteiligungsrechte der Länder bei Verhandlungen über Vertragsänderungen erinnert. Dieser Beschluss fand im EU-Ausschuss des Bundesrates am 24. Juni 2022 eine Mehrheit. In einem weiteren Beschlussentwurf des EU-Ausschuss des Bundesrats (BR-Drucksache 282/22) zu inhaltlichen Forderungen aus dem offiziellen Abschlussbericht der Zukunftskonferenz, hatte Baden-Württemberg mithilfe eines weiteren Antrags zentrale Themen des Landes gestärkt. Unter die zuvor in die EMK eingebrachten Anliegen fallen etwa die positiven Erfahrungen mit den Bürgerdialogen in der Zukunftskonferenz und die Bedeutung der Diskussion ihrer Ergebnisse als Anregungen für politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse. Daneben wurden konkrete Formate für zukünftige mögliche Beteiligungen vorgeschlagen. Mit Hinblick auf die Pandemiebekämpfung setzt sich die Landesregierung für ein präventiv und akutes grenzüberschreitendes Handeln ein, wobei regionale Frühwarnsysteme gestärkt und nationale und europäische Systeme einbezogen werden sollen.

Ausschuss der Regionen

Auch der Ausschuss der Regionen (AdR) befasste sich im Rahmen seiner 150. Plenartagung am 29./30. Juni 2022 mit der Konferenz zur Zukunft Europas. Die Mitglieder des AdR diskutierten mit dem Co-Vorsitzenden der Konferenz zur Zukunft Europas, Guy Verhofstadt MdEP, über die Ergebnisse der Konferenz. Der AdR nahm eine Entschließung zu den Ergebnissen der Konferenz an, die zahlreiche Anliegen aus Baden-Württemberg aufgreift. Staatssekretär Florian Hassler brachte vier Änderungsanträge ein, die alle angenommen wurden. Er konnte so erreichen, dass die Forderung nach einer Institutionalisierung neuer Formen der Bürgerbeteiligung auf Ebene der EU durch Bürgerdialoge mit zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern zu spezifischen Themen aufgenommen wurde. Zudem wurden so die Forderung der Konferenz zur Zukunft Europas nach einer Ausweitung der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit begrüßt, ihre Vorschläge zur besseren Einbeziehung der nationalen Parlamente und ihrer Kammern unterstützt und die von der Konferenz geforderte Evaluierung der bestehenden Instrumente zur Kontrolle der Einhaltung rechtsstaatlicher Standards und Prüfung neuer Instrumente ebenfalls seitens des AdR mitgetragen.

Beziehungen zur Schweiz

Podiumsdiskussion „Nach dem Scheitern des Rahmenabkommens EU-Schweiz: Auswirkungen auf die Grenzregionen“

Am 27. April 2022 organisierte das Staatsministerium in der Landesvertretung in Brüssel eine hybride Veranstaltung zum Thema „Nach dem Scheitern des Rahmenabkommens EU-Schweiz: Auswirkungen auf die Grenzregionen“. Neben Staatssekretär Florian Hassler waren Beat Jans, Regierungspräsident des Kantons Basel-Stadt, Dr. Andreas Schwab MdEP, Mag. Harald Sonderegger, Landtagspräsident von

Vorarlberg, sowie Brigitte Torloting, Vizepräsidentin der Region Grand Est, auf dem Podium vertreten. Die Podiumsdiskussion veranschaulichte deutlich die engen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verflechtungen der Grenzregionen aus Deutschland, Österreich und Frankreich mit den Schweizer Grenzkantonen. Alle Podiumsgäste zeigten sich besorgt über das Scheitern des Institutionellen Rahmenabkommen sowie über die negativen Auswirkungen, die gerade im Wirtschafts- und Wissenschaftsbereich bereits in den Grenzregionen und Kantonen zu beobachten sind. Von der Veranstaltung ging ein Appell an die Europäische Kommission sowie an den Schweizer Bundesrat aus, alles dafür zu tun, damit die Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz schnell wieder in gute Bahnen gelenkt werden, da dies für die tagtägliche grenzüberschreitende Zusammenarbeit essentiell ist. Zudem sprachen sich alle Podiumsgäste für eine schnelle und vollständige Assoziierung der Schweiz beim EU-Forschungsprogramm „Horizont Europa“ aus. Staatssekretär Hassler war sich mit den anderen Grenzregionen zur Schweiz und dem Kanton Basel-Stadt einig, dass man auf regionaler Ebene enger beim Thema EU-Schweiz-Beziehungen zusammenarbeiten möchte. In der Landesvertretung in Brüssel nahmen ca. 90 Personen in Präsenz teil, ca. 200 Zuschauer verfolgten die Veranstaltung über den Livestream.

Delegationsreise des Ministerpräsidenten in die Schweiz

Am 28./29. April 2022 traf Ministerpräsident Winfried Kretschmann im Rahmen seiner Reise nach Zürich und Basel mit den Kantonsregierungen von Zürich, Basel-Stadt und Basel-Landschaft sowie Vertretern des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten zusammen. Themen waren insbesondere die Beziehungen der Schweiz zur EU, Verkehr, die Kooperation bei der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz sowie der Ausbau der Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich. Mit dem Kanton Basel-Stadt wurde eine Gemeinsame Erklärung verabschiedet und vereinbart, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Zukunftsbereichen wie Digital Health und Gesundheitswirtschaft oder dem Klimaschutz und der Energie- und Wasserstoffwirtschaft zu vertiefen. Begleitet wurde Ministerpräsident Kretschmann dabei u.a. von Wissenschaftsministerin Theresia Bauer, Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Verkehrsminister Winfried Hermann, Staatssekretär Florian Hassler sowie den Abgeordneten Niklas Nüssle MdL und Emil Sänze MdL.

Politische Gespräche des Staatssekretärs in Brüssel

Am 18./19. Mai 2022 führte Staatssekretär Florian Hassler im Rahmen einer Brüssel-Reise mehrere Gespräche zu den EU-Schweiz-Beziehungen. Beim Gespräch mit Juraj Nociar, dem Kabinettschef von Vizekommissionspräsident Maroš Šefčovič und Unterhändler der Europäischen Kommission mit der Schweiz, waren die beiden bis-

herigen Sondierungsgespräche zwischen der Schweiz und der Europäischen Kommission sowie der anschließende Briefwechsel über die Beziehungen nach dem Scheitern des Rahmenabkommens das zentrale Thema. Staatssekretär Hassler stellte erneut die Wichtigkeit einer guten und langfristigen Lösung bei den institutionellen Fragen zwischen der EU und der Schweiz für die Grenzregionen dar. Zudem forderte er eine Loslösung der Assoziierung der Schweiz bei EU-Forschungsprogramm „Horizont Europa“ von den Verhandlungen über die institutionellen Fragen. Im Rahmen der baden-württembergischen Vermittlerrolle sprach Staatssekretär Hassler im Anschluss mit der Schweizer EU-Botschafterin in Brüssel, Rita Adam. Zudem tauschte sich Staatssekretär Hassler mit Dr. Andreas Schwab MdEP, Vorsitzender der Delegation des Europäischen Parlamentes mit der Schweiz, sowie der ersten Stellvertreterin der Delegation, Anna Deparnay-Grunenberg MdEP, aus.

Gemeinsame Verkehrstagung

Im Mai 2022 fand zudem in Zürich die fünfte Ausgabe der gemeinsamen Verkehrstagung zwischen dem Kanton Zürich und Baden-Württemberg statt. Sie erfolgt alle zwei Jahre abwechselnd in Zürich und Baden-Württemberg und bietet eine einzigartige Plattform des gegenseitigen Austauschs zwischen der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich und dem Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg sowie Entscheidungsträgerinnen und -trägern aus Politik, Forschung, Industrie und Verwaltung. Thema der Tagung waren die Automatisierung und alternative Antriebe.

Besuch des Bundespräsidenten Cassis

Am 23. Juni 2022 empfingen Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Staatssekretär Florian Hassler den Schweizer Bundespräsidenten Ignazio Cassis zu einem Austausch im Staatsministerium. Bundespräsident Cassis informierte Ministerpräsident und Staatssekretär über den Willen des Schweizer Bundesrates, die Sondierungsgespräche mit der Europäischen Kommission zu intensivieren. Er betonte, dass die Assoziierung der Schweiz an künftige Programme der EU, insbesondere im Bereich Forschung und Innovation, ein erklärtes Ziel des Bundesrates bleibt. Ministerpräsident Kretschmann und Staatssekretär Hassler bekräftigten, sich weiterhin intensiv als Brückenbauer in Berlin und Brüssel für enge Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz einzusetzen. Weitere Themen des Austauschs waren neue Dialogformate zwischen Deutschland und der Schweiz mit erfolgreichen Pilotveranstaltungen der beiden Außenministerien.

Transformation der Automobilwirtschaft

Gespräch des Ministerpräsidenten mit EU-Binnenmarkt-Kommissar Breton

Am 19. Mai 2022 sprach Ministerpräsident Winfried Kretschmann per Video mit dem für Binnenmarkt und Industrie zuständigen Kommissar Thierry Breton. Ein zentrales

Thema des Gesprächs waren die EU-Gesetzgebungen im Rahmen des European Green Deal, die für die Transformation der Automobilindustrie von großer Bedeutung sind. Ministerpräsident Kretschmann verdeutlichte, dass Baden-Württemberg und seine Automobilindustrie hinter den Zielen des European Green Deal sowie des „Fit for 55“-Pakets stehen. Für eine erfolgreiche Transformation der Automobilwirtschaft in Baden-Württemberg brauche es jedoch auch die richtigen Rahmenbedingungen von/auf europäischer Ebene. Ministerpräsident Kretschmann warb für einen flächendeckenden und verpflichtenden Ausbau der Ladeinfrastruktur in ganz Europa sowie eine stärkere Unterstützung von Seiten der EU für KMUs und Zuliefererbetriebe, für die die Transformation zur Elektromobilität viele Herausforderungen mit sich bringe. Weitere Themen des Gesprächs waren die Euro-7/VII-Norm, das EU-Beihilferecht sowie die Revision der europäischen Chemikalienverordnung.

Allianz der Automobilregionen

Zudem fand im Rahmen der 150. Plenartagung des AdR am 30. Juni 2022 der Startschuss zur Gründung der Allianz der Automobilregionen statt, einem politischen Netzwerk von 20 Regionen mit einem starken Automobil- und Zulieferersektor. Ziel der Allianz ist es, die regionale Perspektive in die laufenden Debatten über die Dekarbonisierung des EU-Verkehrs einzubringen und gleichzeitig Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern sowie den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in allen von der Umstellung betroffenen europäischen Regionen zu gewährleisten. Baden-Württemberg ist Gründungsmitglied der Allianz und wird sich hier weiter aktiv einbringen. Staatssekretär Hassler betonte in der Aussprache im Ausschuss, dass die Allianz ein wichtiges Zeichen der Regionen an die europäische Ebene sei, die richtigen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Transformation der Automobilwirtschaft zu setzen. Es müsse das gemeinsame Ziel sein, die klimaneutrale Transformation der Automobilwirtschaft in Europa wirtschaftlich erfolgreich und sozial verträglich zu gestalten. Dazu gehörten der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Energienetze, der Ladeinfrastruktur, aber insbesondere auch die Unterstützung der kleinen und mittelständischen Zuliefererbetriebe bei der Transformation.

II. Laufende europapolitische Themen

Gespräch von Ministerpräsident Winfried Kretschmann mit Manfred Weber MdEP

Am 5. Mai 2022 fand ein Vier-Augen-Gespräch von Ministerpräsident Winfried Kretschmann mit Manfred Weber MdEP in der Villa Reitzenstein statt. Gesprächsthemen waren der Folgeprozess zur Konferenz zur Zukunft Europas, das Verhältnis EU-Schweiz, der EU-Rahmen für die Ansiedlung von Unternehmen und die Südquote.

Veranstaltung „Am Vorabend der Tschechischen Ratspräsidentschaft“

Mit dieser Veranstaltung der Landesvertretung Brüssel am 29. Juni 2022 in wurde die Veranstaltungsreihe „Am Vorabend“ in Präsenz wiederaufgenommen. Bei seiner Eröffnungsrede griff Staatssekretär Florian Hassler u.a. das Thema Konferenz zur Zukunft Europas auf. Er stellte den rund 150 Gästen die baden-württembergischen Ansätze zu mehr Partizipation vor. Zudem unterstrich er die Position Baden-Württembergs, einen Konvent einzusetzen, der sich mit der Umsetzung derjenigen Vorschläge aus den Bürgerforen und dem Plenum der Konferenz befasst, die Vertragsänderungen erforderlich machen. Im Anschluss diskutierten Botschafterin Jitka Látal Znamenáčková, Ständige Vertreterin im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee und stellvertretende Leiterin der Ständigen Vertretung der Tschechischen Republik bei der EU, Marcel Kolaja MdEP und Dr. Andreas Schwab MdEP mit Dr. Tinatin Akhvediani, Forschungsbeauftragte beim Centre for European Policy Studies, die Chancen und Herausforderungen für die EU und die Tschechische Ratspräsidentschaft.

Veranstaltung „Europa. Menschen. Hintergründe – Dr. Anton Hofreiter MdB im Gespräch“

Mit Dr. Anton Hofreiter MdB, Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der EU des Deutschen Bundestags, wurde die Reihe der Brüsseler Landesvertretung „Europa. Menschen. Hintergründe“ vor rund 200 Gästen am 30. Juni 2022 im Saal der Landesvertretung Brüssel wieder in Präsenz aufgenommen. Staatssekretär Florian Hassler eröffnete die Veranstaltung und betonte das Engagement und die Positionen Baden-Württembergs bei der Konferenz zur Zukunft Europas.

Antrag zu SLAPP-Klagen im Ausschuss für Fragen der EU im Bundesrat

Baden-Württemberg hatte zusammen mit Sachsen im Zuge der 725. Sitzung des Ausschusses für Fragen der EU des Bundesrates am 27. Mai 2022 einen weit überwiegend erfolgreichen Antrag zum Vorschlag über eine Richtlinie gegen strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung (sog. SLAPP-Klagen; Drs. 183/22) eingebracht. Der Themenbereich betrifft zentrale Fragen der aktuellen Rechtsstaatlichkeits- und Demokratiedebatte. Die Vorlage knüpft in diesem Zusammenhang an den „Aktionsplan für Demokratie in Europa“ aus dem Dezember 2020 an. SLAPP-Klagen werden häufig gegen Journalisten und Menschenrechtsverteidiger eingesetzt, um diese von öffentlichen Äußerungen abzuhalten. Teilweise werden betroffene Personen mit einer großen Anzahl Klagen, oft auch vor internationalen Gerichten anderer Staaten, überzogen. Bezeichnend für SLAPP-Klagen ist ein in der Regel bestehendes Machtungleichgewicht, das ausgenutzt wird. Der Antrag betonte die zentrale Bedeutung der Presse und ihrer Kontrollfunktion für den Rechtsstaat und die Notwendigkeit der Mei-

nungsvielfalt für eine funktionierende Demokratie. Daneben werden effektive Instrumentarien gegen SLAPP-Klagen (Auslegungshinweise zu unbestimmten Rechtsbegriffen, Verhinderung von „forum shopping“ Sensibilisierungs- und Fortbildungsmaßnahmen mit dem Schwerpunkt des Opferschutzes) gefordert. Die genannten Antragsinhalte wurden im Anschluss vom Plenum des Bundesrates mitgetragen und beschlossen.

89. Europaministerkonferenz (EMK)

Die 89. EMK tagte unter sächsischem Vorsitz am 13./14. Juni 2022 in Brüssel. Die Ministerinnen und Minister tauschten sich im Rahmen der Konferenz mit hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern zu einer Reihe von aktuellen europapolitischen Themen aus. Zu diesen gehörten der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine mit den daraus resultierenden Konsequenzen für die Situation von Flucht und Migration in der EU sowie Fragen der Energiesicherheit und strategischen Autonomie in der EU. Des Weiteren beschäftigten sich die Europaministerinnen und Europaminister mit der Konferenz zur Zukunft Europas, der Entwicklung der Demokratie in Europa – mit besonderem Fokus auf Ungarn – und mit den strategischen Partnerschaften hinsichtlich der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit zwischen Europäischer Kommission und den Ländern. Zu den Gesprächspartnern der EMK gehörten der Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, Botschafter Michael Clauß, der Generalsekretär des Auswärtigen Dienstes der EU, Stefano Sannino, der Abgeordnete des Europäischen Parlaments und ehemalige Ministerpräsident Belgiens, Guy Verhofstadt, der Oberbürgermeister der Stadt Budapest, Gergely Karácsony, sowie der Botschafter der Ukraine bei der EU, Vsevolod Chentsov.

Die EMK fasste zwei Beschlüsse: „Aktuelle Herausforderungen der Europäischen Asyl- und Migrationspolitik“ und „Stellungnahme zu den Vorschlägen der Konferenz zur Zukunft Europas“. Näheres zum Beschluss der EMK zur Konferenz zur Zukunft Europas im 1. Teil des Berichts.

Im Beschluss zu Flucht und Migration begrüßen die Mitglieder der EMK die Bestrebungen der Europäischen Kommission, durch die Reformvorschläge zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) vom 23. September 2020 weitere Schritte in der Ausgestaltung einer gemeinsamen europäischen Migrationspolitik zu gehen. Der Beschluss geht des Weiteren auf die Notwendigkeit zur Registrierung von Geflüchteten, eine Verringerung der Sekundärmigration, den Aufbau der Europäischen Asylagentur und der Europäischen Grenzschutzagentur, die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Neuansiedlung sowie Fragen der Integration ein. Bezüglich der Neuansiedlung müssten nach Auffassung der EMK die Möglichkeiten der regulären Zuwanderung, auch in den europäischen Arbeitsmarkt, wirksam koordiniert und

Nicht-Schutzbedürftigen transparent vermittelt werden. Das sei wichtig, um die Inanspruchnahme von Asylleistungen durch tatsächlich Schutzbedürftige sicherzustellen. Dies sei auch für die Akzeptanz der Asylpolitik in der Bevölkerung von großer Bedeutung. Bei Frontex legt die EMK Wert darauf, dass die Agentur ihre Methoden und Strategien beim Schutz der EU-Außengrenzen durch regelmäßige Berichte transparent und überprüfbar macht und dass alle Einsätze der Grenzschutzagentur im vollen Einklang mit europäischem Recht erfolgen.

Besonders bewegend im Rahmen der EMK waren die Ausführungen des ukrainischen EU-Botschafters Vsevolod Chentsov. Der Botschafter schilderte die Entwicklungen in seinem Land und appellierte an die europäischen Mitgliedstaaten und Regionen, den Mitgliedsantrag der Ukraine zur Aufnahme in die EU zu unterstützen. Die ebenfalls zur EMK eingeladene stellvertretende Generaldirektorin für Inneres und Migration der Europäischen Kommission, Beate Gminder, konnte Staatssekretär Florian Hassler bereits am 27. April 2022 persönlich in Brüssel sprechen. Dieser Austausch wurde von konkreten Fragen zur Unterbringung und Versorgung ukrainischer Flüchtlinge bestimmt. Zentral waren zudem Fragen der Sicherheitspolitik der EU und die Entwicklungen um das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS). Staatssekretär Florian Hassler lud Beate Gminder im Anschluss zur Auswärtigen Kabinettsitzung in Brüssel am 12. Juli 2022 ein.

150. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR)

Im Mittelpunkt der 150. Plenartagung des AdR am 29./30. Juni 2022 standen die Wahlen der AdR-Spitzenämter zur Halbzeit der Mandatsperiode, die Bewertung der Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas, die Gründung der Allianz der Automobilregionen und der Start der Europäischen Allianz der Regionen und Städte für den Wiederaufbau der Ukraine. Staatssekretär Florian Hassler nahm an dieser ersten wieder vollständig in Präsenz abgehaltenen Plenarsitzung als Vertreter der Landesregierung teil. Bei der turnusmäßigen Wahl zur Halbzeit der Mandatsperiode wurde Vasco Alves Cordeiro aus der Autonomen Regionen Azoren (Portugal) zum neuen AdR-Präsidenten gewählt, zum Ersten Vizepräsident des AdR der bisherige AdR-Präsident Apostolos Tzitzikostas (Präsident der Region Zentralmakedonien/Griechenland).

Im Rahmen der Plenartagung wurde zudem neben der im 1. Teil des Berichts erwähnten Allianz der Automobilregionen auch die Allianz der Europäischen Regionen und Städte zum Wiederaufbau der Ukraine in Anwesenheit von Vertretern aus der Ukraine ins Leben gerufen. Außerdem fand eine Aussprache mit dem Vizepremierminister der Tschechischen Republik, Ivan Bartoš, zur tschechischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2022 statt. In der Plenarsitzung wurden Stellungnahmen

u.a. zum Erweiterungspaket 2021, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit und zum Europäischen Datengesetz verabschiedet.

Im Zusammenhang mit der AdR-Plenartagung am 28. Juni 2022 war darüber hinaus die grüne Fraktion des AdR mit einer Podiumsdiskussion in der Landesvertretung Brüssel zu Gast. Staatssekretär Florian Hassler begrüßte die Gäste und betonte in seiner Rede, dass die aktuellen Krisen Europa hätten „wachsen“ und „zusammenwachsen“ lassen, denn die Bewältigung von Herausforderungen und Krisen wie der Klimawandel, eine Pandemie oder aktuell der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine könnten nur gemeinsam im föderalen Aufbau Europas gemeistert werden.

Nach einer Rede des ehemaligen Ko-Vorsitzenden der Fraktion, Bernd Voß, der die Arbeit der mit Beginn der laufenden Legislaturperiode des AdR neu gegründeten grünen Fraktion vorstellte, diskutierten u.a. Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL, Sandra Detzer MdB sowie Niklas Nienaß MdEP zum Thema: „Grünes, digitales und widerstandsfähiges Europa: lokale und regionale Gebietskörperschaften als Wegbereiter für KMUs um grün, digital und resilient zu werden“.

Konsultationen des RegionalHub-Netzwerks

Baden-Württemberg hat im Rahmen seiner Mitarbeit im Regional Hubs-Netzwerk (RegHub) des AdR im 2. Quartal 2022 zwei neue Konsultationen gestartet. Mit ihnen soll zum einen die Überarbeitung der Europäischen Altfahrzeugrichtlinie begleitet werden. Die Stellungnahme soll der Europäischen Kommission helfen, die neue Richtlinie und deren Umsetzung zu vereinfachen. Außerdem muss die Altfahrzeugrichtlinie auch im Lichte der Leitlinien des European Green Deal und des Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft überprüft werden, die jeweils ehrgeizige Pläne für die Umgestaltung der europäischen Wirtschaft zu einer modernen, wettbewerbsfähigen, kohlendioxidarmen und kreislaforientierten Industrie vorsehen. Weiterhin muss sie auch mit Blick auf die kürzlich verabschiedeten Rechtsvorschriften der EU zur Abfallbewirtschaftung einer Überprüfung unterzogen werden.

Zum anderen wird der derzeitige Europäische Interoperabilitätsrahmen evaluiert. Im Rahmen der Digitalen Agenda für Europa hat die Europäische Kommission die Mitteilung „Interoperabilisierung europäischer öffentlicher Dienste“ veröffentlicht, die der Schaffung eines gemeinsamen Konzepts für eine wirksame Interoperabilität zwischen europäischen öffentlichen Verwaltungen dient. Die Konsultationen laufen bis zum 5. August 2022. Im nächsten Quartalsbericht wird über die Ergebnisse berichtet. An den Konsultationen wurden die betroffenen Regierungsressorts, die kommunalen Spitzenverbände sowie Wirtschaftsverbände beteiligt.

Dynamischer Europapool

Seminare Parkettsicherheit und Networking

Für Mitglieder des Dynamischen Europapools wurden die Seminare „Parkettsicherheit“ (5. April 2022) und „Networking“ (2. Juni 2022) durchgeführt, die Teilnehmende auf bevorstehende Verwendungen vorbereiten bzw. bei aktuellen Verwendungen unterstützen sollen.

Hallstein-Seminar

Vom 18. bis 20. Mai 2022 fand das 8. Hallstein-Seminar in Brüssel statt. Eine gemeinsame Delegation von 35 oberen Führungskräften aus Baden-Württemberg und Bayern absolvierten ein anspruchsvolles Seminarprogramm. Es bot die Gelegenheit, die verschiedenen europäischen Institutionen vor Ort und die komplexen europäischen Entscheidungsabläufe kennenzulernen. Eine zusätzliche Bereicherung stellten der Kontakt und der Austausch der baden-württembergischen und bayerischen Kolleginnen und Kollegen dar.

Europaöffentlichkeitsarbeit

Europawoche 2022

In der diesjährigen bundesweiten Europawoche (30. April bis 9. Mai 2022) fanden unter dem Motto „12 Sterne für Europa“ auf Initiative des Staatsministeriums in Kooperation mit Kommunen und Landkreisen, den Europe Direct Informationszentren und weiteren Europa-Akteuren zwölf dezentrale Europaveranstaltungen in Baden-Württemberg statt. Den feierlichen Abschluss der Europawoche bildete der Sommerempfang der Europaverbände am 9. Mai 2022 im Neuen Schloss in Stuttgart, zu dem über 150 Gäste eingeladen waren.

Europäischer Wettbewerb – „Rede über Europa“

Der 69. Europäische Wettbewerb ist der älteste Schülerwettbewerb, an dem in diesem Jahr bundesweit knapp 60.000 Schülerinnen und Schüler, davon 13.238 aus Baden-Württemberg, teilnahmen. Der Wettbewerb stand dieses Jahr unter dem Motto „Nächster Halt: Nachhaltigkeit“. Im Rahmen des Wettbewerbs gibt es in Baden-Württemberg den Zusatzwettbewerb „Rede über Europa“, an dem Oberstufenschülerinnen und Oberstufenschüler der allgemein- und berufsbildenden Gymnasien teilnehmen können. Die besten Reden werden veröffentlicht und mit Geldpreisen prämiert. Thema des Zusatzwettbewerbs war dieses Jahr „Greenwashing“. 12 Schülerinnen und Schüler wurden in diesem Zusammenhang am 9. Mai 2022 von Staatssekretär Florian Hassler im Neuen Schloss ausgezeichnet.

EU-Schulprojekttag

Am 23. Mai 2022 fand der bundesweite EU-Schulprojekttag statt. Ministerpräsident Winfried Kretschmann besuchte den bilingualen Unterricht der Realschule Bildungszentrum Seefälle Bonlanden in Filderstadt und diskutierte vor Ort mit der Schülervertretung u.a. über den Krieg in der Ukraine und dessen Auswirkungen sowie über die Zukunft der EU. Staatssekretär Florian Hassler tauschte sich bei einer Podiumsdiskussion am Luise-Meitner-Gymnasium in Böblingen mit Schülerinnen und Schülern zu aktuellen europäischen Themen aus. Staatsrätin Barbara Bosch besuchte die Eichendorff Realschule in Reutlingen, wo sie Gespräche mit Schülerinnen und Schülern zur Zukunftskonferenz führte. Daneben führte das Staatsministerium in Kooperation mit dem Europa Zentrum Baden-Württemberg in diesem Zusammenhang 20 Veranstaltungen mit Bezug zu Europa an Schulen im ganzen Land durch.

Europa-Puzzle auf Reisen

Das Europa-Puzzle des Staatsministeriums wird auch weiterhin an Schulen in Baden-Württemberg verliehen. Insgesamt konnten bislang 1.380 Schülerinnen und Schüler aus 55 verschiedenen Klassen im Alter zwischen 6 und 17 Jahren auf spielerische Weise das Konzept der EU „begreifen“. Das Europa-Puzzle ist eine 1,50m x 1,50m große Landkarte von Europa, bei dem die EU-Mitgliedstaaten die einzelnen Puzzleteile darstellen. Es kam erstmalig vor den Europawahlen 2019 im Rahmen der Europakampagnen-Bustour zum Einsatz.

SlamUp for Europe 2022

Nach dem Erfolg der 2021 durchgeführten Seminarreihe „SlamUp for Europe“ wird das Projekt dieses Jahr in Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Kommission in München und dem Verein Ausdrucksreich e.V. fortgeführt. In Workshops im Unterricht oder bei außerschulischen Veranstaltungen sollen Jugendliche ab Juli 2022 von professionellen Poetry Slammern Grundkenntnisse im Schreiben und Vortragen erhalten und sich auf diese Art und Weise künstlerisch mit dem Thema Europa beschäftigen. Die entstandenen Werke sollen auf schulinternen Poetry Slams sowie bei einer Abschlussveranstaltung Ende des Jahres vorgetragen werden.

III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit

Frankreich

Reise von Ministerpräsident Winfried Kretschmann nach Straßburg

Zur Pflege der nachbarschaftlichen Beziehungen ist Ministerpräsident Winfried Kretschmann vom 31. März bis 1. April 2022 nach Straßburg gereist. Begleitet wurde er von einer Delegation mit Minister Thomas Strobl, Minister Winfried Hermann, Ministerin Theresia Bauer, Ministerin Thekla Walker, Ministerin Marion Gentges, Ministerin

Nicole Razavi, Staatssekretär Florian Hassler, Staatssekretär Dr. Patrick Rapp und Staatssekretärin Dr. Ute Leidig sowie den Landtagsabgeordneten Sabine Hartmann-Müller und Joachim Steyer.

Im Zentrum des Besuchs stand die zweite Grenzraumkonferenz zwischen Baden-Württemberg und der Region Grand Est, in der sich mit Mobilitäts-, Umwelt-, Sicherheits-, Gesundheits- und Wirtschaftsthemen befasst wurde. Bereits am 31. März 2022 besuchte die Delegation die Wasserschutzpolizeistation in Kehl und informierte sich dort u.a. über das Gemeinsame Zentrum der deutsch-französischen Polizei- und Zollzusammenarbeit als zentraler Institution des Daten- und Informationsaustauschs zwischen den Sicherheitsbehörden beiderseits des Rheins. Im Anschluss wurde sich an der Universität Straßburg mit dem trinationalen Universitätsverbund „Eucor – The European Campus“ zu wichtigen Zukunftsthemen (u.a. personalisierte Medizin, Quantentechnologie, Nachhaltigkeit, Europäische Identitäten) ausgetauscht und darüber diskutiert, wie man mit Eucor eine führende Position im europäischen Forschungs- und Bildungsraum sichern und die Innovationskraft, die Wettbewerbsfähigkeit und die Prosperität in der Grenzregion stärken könne.

Reise von Staatssekretär Florian Hassler nach Straßburg

Vom 5. bis 6. Mai 2022 reiste Staatssekretär Florian Hassler nach Straßburg. Im Rahmen der Reise fanden Gespräche mit Botschafterin Jutta Frasch, Präfektin Josiane Chevalier, Oberbürgermeisterin Jeanne Barseghian, Vizepräsidentin Brigitte Torloting und Anne Sander MdEP zu aktuellen grenzüberschreitenden Themen statt. Am 5. Mai 2022 erfolgte zudem ein Besuch der Villa Rehfus und der dort ansässigen Organisationen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Kehl, an dem auch Willi Stächele MdL teilnahm.

Spanien

Staatssekretär Florian Hassler besuchte vom 24. bis 27. Mai 2022 Katalonien und Andalusien. Ziel war es, die Zusammenarbeit mit wichtigen europäischen Partnern auszubauen und zu vertiefen – auch vor dem Hintergrund des völkerrechtswidrigen Krieges gegen die Ukraine und der Herausforderungen der Transformation in Baden-Württemberg und Europa. Der Besuch in Katalonien knüpfte an den Besuch des katalanischen Präsidenten Pere Aragonès in Stuttgart am 16. März 2022 an. Die Gespräche mit dem Minister für Unternehmen und Arbeit Roger Torrent und dem Minister für Wirtschaft und Finanzen Jaume Giró dienten der Festigung der Beziehungen zu Katalonien im Rahmen der Vier Motoren für Europa und der Vorbereitung der baden-württembergischen Präsidentschaft im Jahr 2023. Im Mittelpunkt standen Themen wie die Stärkung der Partnerschaft mit Katalonien, die Transformation der Automobilwirtschaft und insbesondere Zukunftsthemen wie der Aufbau eines Halbleiterclusters in Katalonien, das auch für Baden-Württemberg Anknüpfungspunkte bietet.

Ein weiteres Schwerpunktthema war die Nutzung von erneuerbaren Energien. Katalonien will diese deutlich ausbauen und arbeitet an Modellprojekten für grünen Wasserstoff. Die dortige Regierung unterstützt die Wiederaufnahme des auf Eis gelegten Pipeline-Projektes Midcat, das Gas über Frankreich nach Mitteleuropa führen soll.

Anschließend reiste Staatssekretär Florian Hassler gemeinsam mit Staatssekretär Dr. Andre Baumann und Ministerialdirektor Berthold Frieß sowie einer Fachdelegation nach Andalusien. Ziel war es, Kooperationsmöglichkeiten bei den erneuerbaren Energien und grünem Wasserstoff zu eruieren, um zum Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft in Baden-Württemberg und Europa beizutragen. Ausgangspunkt war ein Gespräch von Ministerpräsident Winfried Kretschmann mit dem andalusischen Regionalpräsidenten Moreno im vergangenen Herbst am Rande der Weltklimakonferenz. Hierbei wurde der Aufbau einer Kooperation bei erneuerbaren Energien und grünem Wasserstoff verabredet. Hintergrund sind die sehr guten Bedingungen in Andalusien für erneuerbare Energien; vor allem für die Solarenergie, aber auch Windenergie. Auf Einladung der andalusischen Regierung wurden erfolgreiche Gespräche mit der Regierung, der dortigen Energieagentur, Unternehmen und Energieversorgern geführt. Beide Seiten betonten ihre Absicht, gemeinsam eine Energie- und Klimapartnerschaft zwischen Baden-Württemberg und Andalusien zu entwickeln sowie sich gemeinsam in der EU für den Ausbau einer Transportinfrastruktur für Wasserstoff als europäische Aufgabe einzusetzen.

Vereinigtes Königreich

Vom 17. bis 20. Mai 2022 reiste Staatsminister Dr. Florian Stegmann mit einer 20-köpfigen Delegation aus Wirtschaft und Wissenschaft in das Vereinigte Königreich (London, Wales, The Midlands). Zielsetzungen der Reise waren die weitere Festigung der bilateralen Beziehungen zum Vereinigten Königreich nach dem Brexit, die Stärkung der baden-württembergisch-britischen Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Innovation mit Schwerpunkt auf dem Thema „Automatisiertes und vernetztes Fahren“ und der Ausbau der Kooperation mit Wales und der Region The Midlands. An allen drei Standorten der Reise stieß die Delegation aus Baden-Württemberg auf große Wahrnehmung. Das Interesse an einer Zusammenarbeit mit Deutschland und Baden-Württemberg ist auch nach dem Brexit weiterhin sehr hoch und es wurde deutlich, dass der britischen Seite daran gelegen ist, stabile bilaterale Partnerschaften aufzubauen. Die britische Automobilindustrie sieht sich weiterhin als Bestandteil der europäischen Automobilindustrie und brachte ein klares Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit europäischen Partnern zum Ausdruck. In Gesprächen mit der Politik, staatlichen Institutionen und Branchenverbänden in London wurde deutlich, dass vor allem die Themen Datenschutz und Datennutzung im Bereich des Autonomen Fahrens viel Potenzial für eine Intensivierung des Erfahrungsaustauschs bieten.

Es hat sich gezeigt, dass sich die Automobilstandorte der Region The Midlands und in Baden-Württemberg in vielerlei Hinsicht sehr ähnlich sind und sich gerade auch bei den anstehenden Herausforderungen der Transformation hin zu neuen Mobilitätsformen gute Ansätze für einen weiteren Austausch ergeben. Als vorbildlich stufte die britische Seite insbesondere die Strukturen des Strategiedialogs Automobilwirtschaft ein. Für Baden-Württemberg bieten besonders Benchmarking und Kooperationen zu neuen Mobilitätstechnologien, Austausch zur Schaffung guter Rahmenbedingungen für Technologieentwicklung, Zugang zu Innovationsnetzwerken, Start-Ups und Wissenschaftskooperation Anknüpfungspunkte. In Wales wurde in politischen Gesprächen mit Wirtschaftsminister Vaughn Gething und Klimaschutzministerin Julie James der Wunsch nach einer weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit bekräftigt.

Das im November 2021 etablierte BW-UK Office ist seit seiner Eröffnung auf reges Interesse auf beiden Seiten gestoßen und verzeichnet viele Anfragen. Neben der Reise von Staatsminister Dr. Stegmann war die Organisation einer Start-up-Reise aus Baden-Württemberg zur London Tech Week im Juni 2022 jüngstes Highlight in der Arbeit des BW-UK Offices. Aufgrund der hohen Resonanz und der Bedeutung des BW-UK Offices für die Etablierung einer starken bilateralen Zusammenarbeit des Landes mit dem Vereinigten Königreich wurde der Vertrag mit Baden-Württemberg International über das BW-UK Office um weitere zwei Jahre verlängert.

Italien

Ministerpräsident Winfried Kretschmann führte am 17. Juni 2022 ein Gespräch mit dem Landeshauptmann der Autonomen Region Bozen–Südtirol Arno Kompatscher. Im Mittelpunkt standen die Energie- und Klimapolitik, vor allem der „Klimaplan Energie-Südtirol-2050“, und aktuelle Aktivitäten in Baden-Württemberg, insbesondere die Modellregion Agri-PV Baden-Württemberg für den Einsatz von Solarmodulen im Obstbau. Überdies wurde die Zusammenarbeit Südtirols mit Bayern und Baden-Württemberg thematisiert.

Internationale Bodenseekonferenz (IBK)

Am 24. Juni 2022 fand das jährliche Strategiegespräch der IBK-Regierungschefs in Heiden im diesjährigen Vorsitzkanton Appenzell Ausserrhoden statt. In Vertretung für Ministerpräsident Winfried Kretschmann nahm Staatssekretär Florian Hassler für Baden-Württemberg teil. Wichtigste Themen auf der Tagesordnung waren die IBK-Strategie 2023-2027, die Aktivitäten im laufenden Jubiläumsjahr „50 Jahre IBK“ sowie strategische Projekte im Bereich Verkehr, z.B. BODANRAIL 2045.

INTERREG A-Programme Oberrhein und Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein

In beiden INTERREG A-Programmen mit baden-württembergischer Beteiligung zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sind die Kooperationsprogramme für die neue Förderperiode 2021-2027 von der Europäischen Kommission genehmigt worden. Demnach ist es ab Sommer 2022 für Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit möglich, Förderanträge zu stellen.

IV. Entwicklungspolitik

Die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg, der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals/SDGs) und des Pariser Klimaabkommens standen auch im 2. Quartal des Jahres 2022 im Zentrum der entwicklungspolitischen Arbeit des Staatsministeriums.

Die Messe FAIR HANDELN fand nach drei Jahren Corona-Pause vom 21. bis 24. April 2022 statt. Ungefähr 30.000 Besucherinnen und Besucher konnten die Schwerpunkte der baden-württembergischen Entwicklungspolitik im Fach- und Rahmenprogramm hautnah miterleben.

Auf dem MINDCHANGERS-Summit, der zusammen mit der Entwicklungspolitischen Landeskonferenz stattfand, gestalteten rund 200 Jugendliche die baden-württembergische Entwicklungspolitik mit. Staatssekretär Rudi Hoogvliet stand ihnen Rede und Antwort zu ihren Anliegen, Projektideen und Vorschlägen. Das junge Engagement wird so auch in den nächsten Jahren ein Schwerpunkt bleiben. Über 100 Kommunalvertreter hatten nach drei Jahren wieder die Möglichkeit, auf dem Kommunalen Tag ihre Arbeit zu vernetzen und ihre Aktivitäten entlang des Handlungskonzepts Kommunale Entwicklungspolitik Baden-Württemberg zu präsentieren. Erstmals gab es einen kommunalen Stand auf der Messe. Unter Federführung der kommunalen Landesverbände stellten ein gutes Dutzend Kommunen ihre Aktivitäten vor. Auf dem sehr gut besuchten Burundi-Treffen ging es um die Vertiefung der Partnerschaft.

Die Förderung der kleinen und mittleren Akteure in der baden-württembergischen Entwicklungspolitik ist im zweiten Quartal des Jahres 2022 voll angelaufen. Die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit hat die Förderlinien des Staatsministeriums bwirkt-Burundi, bwirkt-Bildung/Inland und bwirkt-Partnerschaften/Ausland ausgeschrieben. Weiterhin finden mit dem Abflauen der Pandemie wieder mehr entwicklungspolitische Veranstaltungen statt: Staatssekretär Rudi Hoogvliet besuchte am 10. Mai 2022 das entwicklungspolitische Landesnetzwerk DEAB e.V.. Am 27. Juni 2022 besuchte eine Delegation aus der burundischen Kaffeekooperative, die u.a. auch den Partnerschaftskaffee produziert, Staatssekretär Rudi Hoogvliet und den Rat für Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg.